

§ 015b TMG

(aufgehoben)

Fassung ab 01. Dez 2021

Fassung bis einschl 30. Nov 2021

§ [15b TMG](#) Auskunftsverfahren bei Passwörtern und anderen Zugangsdaten

(1) Abweichend von § [15a TMG](#) darf derjenige, der geschäftsmäßig Telemediendienste erbringt, daran mitwirkt oder den Zugang zur Nutzung daran vermittelt, die nach § [14 Abs. 1 TMG](#) erhobenen Passwörter oder andere [Daten](#), mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird, nach Maßgabe dieser Vorschrift zur [Erfüllung](#) von Auskunftspflichten gegenüber den in Absatz 2 genannten Stellen verwenden. Für die Auskunftserteilung sind sämtliche unternehmensinternen Datenquellen zu berücksichtigen.

(2) Die Auskunft nach Absatz 1 Satz 1 darf nur erteilt werden an

1. zur Verfolgung von Straftaten zuständige [Behörden](#), soweit diese im Einzelfall die Übermittlung unter Angabe einer gesetzlichen Bestimmung, die ihnen eine Erhebung und Nutzung der in Absatz 1 genannten [Daten](#) zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten nach § 100b Abs. 2 Nr. 1 [StPO](#) (Buchstabe a, b, c, e, f, g, h oder m, Nummer 3 Buchstabe b erste Alternative, Nummer 5, 6, 9 oder 10 der Strafprozessordnung) erlauben, nach Anordnung durch ein Gericht verlangen, oder
2. für die Abwehr von Gefahren für die [öffentliche Sicherheit](#) oder Ordnung zuständige [Behörden](#), soweit diese im Einzelfall die Übermittlung unter Angabe einer gesetzlichen Bestimmung, die ihnen eine Erhebung und Nutzung der in Absatz 1 genannten [Daten](#) zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer [Person](#), für die sexuelle Selbstbestimmung, für den Bestand des Bundes oder eines Landes sowie Güter der Allgemeinheit, deren [Bedrohung](#) die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, erlauben, nach Anordnung durch ein Gericht verlangen.

An andere öffentliche und [nichtöffentliche Stellen](#) dürfen [Daten](#) nach Absatz 1 nicht übermittelt werden. Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Auskunft tragen die um Auskunft ersuchenden Stellen.

(3) Derjenige, der geschäftsmäßig Telemediendienste erbringt, daran mitwirkt oder den Zugang zur Nutzung daran vermittelt, hat die zu beauskunftenden [Daten unverzüglich](#) und vollständig zu übermitteln. Eine Verschlüsselung der [Daten](#) bleibt unberührt. Über das Auskunftersuchen und die Auskunftserteilung haben die Verpflichteten gegenüber den [Betroffenen](#) sowie Dritten Stillschweigen zu wahren.

(4) Wer geschäftsmäßig Telemediendienste erbringt oder daran mitwirkt, hat die in seinem Verantwortungsbereich für die Auskunftserteilung erforderlichen Vorkehrungen auf seine Kosten zu treffen. Jedes Auskunftsverlangen ist durch eine [verantwortliche](#) Fachkraft auf Einhaltung der in Absatz 2 genannten formalen Voraussetzungen zu prüfen. Die weitere Bearbeitung des Auskunftsverlangens darf erst nach einem positiven Prüfergebnis freigegeben werden.

Fassung ab 01. Jul 2021

Fassung bis einschl 30. Sept 2021

(1) - (2) ...

1. zur Verfolgung von Straftaten zuständige [Behörden](#), soweit diese im Einzelfall die Übermittlung unter Angabe einer gesetzlichen Bestimmung, die ihnen eine Erhebung und Nutzung der in Absatz 1 genannten [Daten](#) zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten nach § 100b Abs. 2 Nr. 1 [StPO](#) (Buchstabe a, b, d, e, f, g oder l, Nummer 3 Buchstabe b erste Alternative, Nummer 5, 6, 9 oder 10 der Strafprozessordnung) erlauben, nach Anordnung durch ein Gericht verlangen, oder

...

Fassung bis einschl 30. Jun 2021

(1) - (2) ...

1. zur Verfolgung von Straftaten zuständige [Behörden](#), soweit diese im Einzelfall die Übermittlung unter Angabe einer gesetzlichen Bestimmung, die ihnen eine Erhebung und Nutzung der in Absatz 1 genannten [Daten](#) zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten nach § 100b Abs. 2 Nr. 1 [StPO](#) (Buchstabe a, b, d, e, f, g oder l, Nummer 3 Buchstabe b erste Alternative, Nummer 4, 5, 6 oder 7 der Strafprozessordnung) erlauben, nach Anordnung durch ein Gericht verlangen, oder

...

Fassung ab 02. Apr 2021

(1) - (2) ...

1. ...
2. für die Abwehr von Gefahren für die [öffentliche Sicherheit](#) oder Ordnung zuständige [Behörden](#), soweit diese im Einzelfall die Übermittlung unter Angabe einer gesetzlichen Bestimmung, die ihnen eine Erhebung und Nutzung der in Absatz 1 genannten [Daten](#) zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit der [Person](#), für die sexuelle Selbstbestimmung, für den Bestand des Bundes oder eines Landes, die freiheitlich demokratische Grundordnung sowie Güter der Allgemeinheit, deren [Bedrohung](#) die Grundlagen der Existenz der Menschen berührt, erlauben, nach Anordnung durch ein Gericht verlangen.

...

Fassung [neu](#) ab 02. Apr 2021

E-Learning Datenschutz

Datenschutz praktische
Lektion



[Zur Buchung](#) (EUR 7,00 / 1 Monat)

7 Min Datenschutz [juristi.e-Seminar](#)

Aus- und Weiterbildung